

Absender

Staatskanzlei und Ministerium für Kultur  
des Landes Sachsen - Anhalt  
Referat 41  
Hegelstr. 40-42  
39104 Magdeburg

Bearbeitungsvermerk, nicht ausfüllen  
Reg.-Nr. 41 –

Zutreffendes bitte ankreuzen  oder ausfüllen

Ort, Datum

### Antrag auf Gewährung einer Zuwendung für das

Haushaltsjahr

### - Zur Förderung des Europagedankens -

Gesetzliche Grundlagen: § 23 und § 44 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt

#### Förderbereich

- Bildungs-, Kultur- und Informationsveranstaltungen zu europäischen Themen
- Wettbewerbe und Bürgerberatung, Vorbereitung von EU-Projekten sowie andere Maßnahmen zur Vertiefung des Europabewusstseins
- Veranstaltungen im Rahmen der Europawoche
- Projektfahrten zu Institutionen der Europäischen Gemeinschaft und/oder des Europarates
- bitte erläutern

#### 1. Antragsteller/in

- |  |                                    |   |   |
|--|------------------------------------|---|---|
| <input type="checkbox"/> natürliche Person | <input type="checkbox"/> Verein    | <input type="checkbox"/> kommunale Gebietskörperschaft: |   |
| <input type="checkbox"/> Schule            | <input type="checkbox"/> Sonstiges | <input type="checkbox"/> Landkreis                      | <input type="checkbox"/> kreisfreie Stadt |
|  |                                    | <input type="checkbox"/> Stadt                          | <input type="checkbox"/> Gemeinde/VG      |

Name/Bezeichnung

Verantwortliche Person

Anschrift (PLZ, Ort, Straße, Hausnummer)

Auskunft erteilt (Name inkl. Amtsbezeichnung/Funktion, Telefon-Nr. (Durchwahl), E-Mail, Fax)

#### Bankverbindung

Kreditinstitut

IBAN (Internat. Bank Account Number, Internat. Bankkontonummer)

D E

BIC (Bank-Identifizierungs-Code)

<b>2. Projektbezeichnung der zu fördernden Maßnahme</b> (Kurze, eindeutige Bezeichnung der beabsichtigten Maßnahme; Umfang, Notwendigkeit usw. der Maßnahme sind unter 2.3 zu erläutern)	
<b>2.1 Durchführungszeitraum</b> (umfasst die gesamte Dauer der Maßnahme inkl. Vorbereitung und Nachbereitung)	von - bis
<b>2.2 Anzahl der Teilnehmer</b>	

### 2.3 Begründung

(u. a. Ziel und Notwendigkeit der Maßnahme, Konzeption, detaillierte Projektbeschreibung, Programmablaufplan)

### 3. Finanzierungsplan

Die Umsatzsteuer, die nach §15 des Umsatzsteuergesetzes als Vorsteuer abziehbar ist, gehört nicht zu den zuwendungsfähigen Ausgaben.

<b>3.1 Gesamtfinanzierung</b>	Euro
<b>3.2 Eigenanteil</b>	Euro
<b>3.2.1 unbare Eigenleistungen</b> (falls nicht bezifferbar, bitte erläutern)	Euro
<b>3.3 Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung) durch:</b> <div style="border: 1px solid black; height: 40px; width: 100%;"></div>	Euro
<b>3.3.1 unbare Leistungen Dritter durch:</b> <div style="border: 1px solid black; height: 40px; width: 100%;"></div>	Euro
<b>3.4 Beantragte/ bewilligte öffentliche Förderung (ohne 3.5) durch:</b> <div style="border: 1px solid black; height: 40px; width: 100%;"></div>	Euro
<b>3.5 Beantragte Zuwendung der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur</b> <input type="checkbox"/> rückzahlbar <input type="checkbox"/> nicht rückzahlbar	Euro

#### Zur Beachtung

Zu den oben angeführten Finanzierungsanteilen sind dem Antrag die geforderten Anlagen nach Abschnitt 8 beizufügen. Evtl. unbare Eigenleistungen sind gesondert (außerhalb des Finanzierungsplanes) aufzuführen und zu erläutern. Im Finanzierungsplan sind die Gesamtausgaben zugrunde zu legen. Soweit der Antragsteller zum Vorsteuerabzug berechtigt ist, soll dies bei der Ermittlung der Ausgaben berücksichtigt werden (Preise mit oder ohne Mehrwertsteuer). Zu den Sachkosten sowie den investiven Ausgaben sind mindestens drei Kostenvoranschläge einzureichen. Die Ausgaben im Finanzierungsplan sollen so detailliert wie möglich, eventuell zusammengefasst zu größeren Kostenblöcken, aufgeführt werden.

#### 4. Zur Notwendigkeit der Förderung und zur Finanzierung

(u. a. Eigenmittel, Förderhöhe, Landesinteresse an der Maßnahme, alternative Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten, Angabe der Finanzierungsart anderer Geldgeber - soweit möglich -)

#### 5. Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

(Darstellung der angestrebten Auslastung bzw. des Kostendeckungsgrades, Tragbarkeit von möglichen Folgelasten für den Antragsteller, Finanzlage des Antragstellers usw.)

#### 6. Erklärungen

Der Antragsteller erklärt, dass

6.1.  mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch nicht begonnen wird, solange dieses nicht von der Bewilligungsbehörde zugelassen wird. Als Maßnahmebeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung des Projektes zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages zu werten;

6.2.  ein vorzeitiger Maßnahmebeginn notwendig ist und hiermit beantragt wird;

Begründung<sup>1</sup>

Zeitpunkt geplanter Maßnahmebeginn<sup>2</sup>

6.3. er zum Vorsteuerabzug  berechtigt ist (Preise ohne Mehrwertsteuer)

nicht berechtigt ist (Preise mit Mehrwertsteuer)

und dieses bei den Ausgaben berücksichtigt hat;

6.4. die Angaben in diesem Antrag (einschließlich der Anlagen) vollständig und richtig sind;

6.5. keine weiteren Anträge für denselben Zweck bei anderen Stellen außer den im Finanzierungsplan benannten beantragt und genehmigt wurden;

6.6. Veränderungen im Antrag hinsichtlich der Finanzierung, Ausgaben, zeitlichen Durchführung und Zweckbestimmung unverzüglich mitgeteilt werden;

<sup>1</sup> Darzulegen ist, warum mit der Vorbereitung des Projekts schon vor einer erwarteten Bewilligung durch die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur begonnen werden muss.

<sup>2</sup> Der Maßnahmebeginn ist so zu wählen, dass das vorgesehene Projekt bis zu seiner eigentlichen Durchführung ordnungsgemäß und fristgerecht vorbereitet werden kann.

## **7. Datenschutzhinweise gem. DS-GVO<sup>3</sup> im Zusammenhang mit Ihrem Antrag auf Gewährung einer Zuwendung**

### 7.1. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen für die Datenerhebung

Staatskanzlei und Ministerium für Kultur  
des Landes Sachsen-Anhalt  
Hegelstraße 42  
39104 Magdeburg  
E-Mail: Poststelle@stk.sachsen-anhalt.de

### 7.2. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt  
Behördlicher Datenschutzbeauftragter  
Hegelstraße 42  
39104 Magdeburg  
E-Mail: Datenschutz@stk.sachsen-anhalt.de

### 7.3. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

#### a) Zwecke der Verarbeitung:

Ihre Daten werden verarbeitet, um

- eine Bearbeitung Ihres Antrages zu ermöglichen, wozu auch die interne Weiterleitung Ihres Antrages inkl. der dazu verarbeiteten persönlichen Daten an andere Organisationseinheiten innerhalb der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur (insbesondere Beauftragte/r für den Haushalt) gehören,
- mit Ihnen in Kontakt treten zu können zur Klärung von Fragen und Mitteilung von Informationen,
- Ihnen Bescheide oder andere Schriftstücke in elektronischer und postalischer Form zusenden zu können,
- eventuell mögliche Auskunftspflichten gegenüber Berechtigten (z. B. Landesrechnungshof, Landtag) erfüllen zu können

#### b) Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e) DS-GVO i.V.m. §§ 9 ff. Gesetz zum Schutz personenbezogener Daten der Bürger (Datenschutzgesetz Sachsen-Anhalt – DSGVO LSA), weil die Datenverarbeitung im Rahmen der Erfüllung der der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt obliegenden Aufgabe der Förderung des Europagedankens erforderlich ist.

### 7.4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten

Ihre personenbezogenen Daten werden weitergegeben an:

- Beauftragten für den Haushalt innerhalb der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur (erforderlich für die Mitzeichnung von Zuwendungsbescheiden)
- nur im Bedarfsfall an einen berechtigten Dritten, z. B. den Landesrechnungshof im Rahmen seiner Prüfbefugnisse und den Landtag im Rahmen seines Auskunftsrechts gegenüber der Landesregierung

### 7.5. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland

Es ist nicht vorgesehen, Ihre personenbezogenen Daten an ein Drittland zu übermitteln.

### 7.6. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten

Ihre Daten werden nach der Erhebung fünf Jahre nach Schließung der Förderakte gespeichert. Diese Frist entspricht den bestehenden Dokumentations- und Aufbewahrungsfristen gemäß § 17 (1) bb der Aktenordnung für die unmittelbare Landesverwaltung Sachsen-Anhalt.

### 7.7. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DS-GVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DS-GVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DS-GVO).

<sup>3</sup> Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung)

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DS-GVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Landesbeauftragten für den Datenschutz Sachsen-Anhalt, Leiterstr. 9, 39104 Magdeburg, E-Mail: Poststelle@lfd.sachsen-anhalt.de.

#### 7.8. Pflicht zur Bereitstellung der Daten

Sie sind dazu verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus Nr. 3 der Verwaltungsvorschriften zu § 44 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt.

Die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt benötigt Ihre Daten, um Ihren Antrag auf Gewährung einer Zuwendung zu bearbeiten.

Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden.

### 8. Anlagen

Dem Antrag sind folgende Anlagen beigefügt:

detaillierte Konzeption des beabsichtigten Vorhabens mit inhaltlicher Beschreibung

zeitlicher Ablaufplan

Ausgabenplan (Aufstellung der Einzelausgaben)

Ausgaben- und Finanzierungsplan

Nachweis der beantragten Drittmittel

Umsatzsteuerbefreiung

Satzung, Statut, Auszug aus dem Vereinsregister, gültiger Nachweis der Anerkennung der Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt

bitte erläutern

### rechtsverbindliche Unterschriften/Bestätigungen

Antragsteller/in (Name in Druckschrift/Datum)

Siegel/Datum  
Landkreis/kreisfreie Stadt/Stadt/Gemeinde

Unterschrift